

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 17. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	49
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	53
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	59
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	65
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	74
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	79
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	79
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	86
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	96
§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	109
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	114
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	121
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	131
§ 17 Erfüllung	131
§ 18 Die Aufrechnung	142
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	148
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	153
1. Abschnitt. Grundlagen	153
§ 20 Einführung	153
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	160
§ 22 Die Pflichtverletzung	174
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	181
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	197
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	197
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	205
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	211
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	221
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311 a II)	239
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	245
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	247
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	250
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	253
§ 32 Allgemeines	253
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	257

§ 34 Schutzpflichtverletzung	264
§ 35 Unmöglichkeit	265
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	274
§ 36 Gläubigerverzug	274
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	280
§ 38 Vertragsstrafe	289
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	297
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	297
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	303
7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	315
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzes	315
§ 42 Besondere Vertriebsformen	331
8. Teil. Schadensrecht	351
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	351
§ 44 Begriff und Arten des Schadens	353
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	357
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	373
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	379
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	388
§ 49 Grenzfälle	394
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	405
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	419
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	419
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	430
§ 53 Der Austausch des Schuldners	452
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern	460
Anhang I: Das Leistungsstörungsrecht in der Fallbearbeitung	475
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	475
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	480
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	482
D. Rücktritt	484
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312g I	487
Paragrafenregister	491
Sachverzeichnis	499
Entscheidungsregister	511

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 17. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage (2003)	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXVII
Schrifttum (Auswahl)	XXXIII
1. Teil. Grundlagen	1
§ 1 Das Schuldverhältnis	1
I. Das Schuldverhältnis als Gegenstand des Schuldrechts	1
1. Der Begriff des Schuldverhältnisses	1
2. Die Funktion des Schuldrechts	2
II. Das Schuldverhältnis im engeren und weiteren Sinne	2
III. Die Pflichten aus dem Schuldverhältnis	3
1. Leistungspflichten	3
a) Hauptleistungspflichten und Nebenleistungspflichten	3
b) Primäre und sekundäre Leistungspflichten	5
c) Leistungshandlung und Leistungserfolg	5
d) Möglicher Inhalt der Leistungspflicht	6
2. Schutzpflichten	6
a) Gesetzliche Regelung	6
b) Verhältnis zu den deliktischen Verkehrspflichten	8
c) Konkurrenzen	8
3. Bedeutung der Unterscheidung von Leistungs- und Schutzpflichten	9
IV. Obliegenheiten	10
V. Unvollkommene Verbindlichkeiten (Naturalobligationen)	11
VI. Schuldrechtliche Pflichten und dingliche Rechtslage	11
VII. Die Relativität schuldrechtlicher Rechte und Pflichten	12
1. Grundsatz	12
2. Durchbrechungen	12
VIII. Die Haftung des Schuldners für seine Verbindlichkeit	13
§ 2 Die Rechtsquellen des Schuldrechts	14
I. Das Zweite Buch des BGB	14
1. Allgemeiner und Besonderer Teil des Schuldrechts	14
2. Der Aufbau des Allgemeinen Schuldrechts	15
II. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Büchern des BGB	15
III. Schuldrechtliche Regelungen in anderen Gesetzen	16
IV. Der Einfluss des Grundgesetzes auf das Schuldrecht	17
V. Der Einfluss des EU-Rechts auf das Schuldrecht	17
1. EU-Richtlinien als Grundlage des deutschen Schuldrechts	17
2. Die Bedeutung der europäischen Grundfreiheiten	19
VI. Internationale Vereinheitlichung des Schuldrechts	19
1. UN-Kaufrecht	19
2. UNIDROIT Principles und Principles of European Contract Law	20
3. Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens und Vorschlag für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	20
VII. Die Reform des deutschen Schuldrechts durch das SchuldRMoG	21
§ 3 Die Vertragsfreiheit und ihre Grenzen	22
I. Grundgedanken und Elemente der Vertragsfreiheit	22
II. Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	23
III. Das Problem der gestörten Verhandlungsparität	24
1. Allgemeines	24
	XI

2. Fallgruppen	25
a) Gesetzliche Typisierungen von Ungleichgewichtslagen	25
b) Störung der Verhandlungspartit im Einzelfall	25
IV. Schutz vor Diskriminierungen nach dem AGG	26
§ 4 Der Grundsatz von Treu und Glauben	27
I. Funktion und Bedeutung des § 242	27
II. Allgemeine Grundsätze der Anwendung des § 242	29
1. Anwendungsbereich des § 242	29
2. Die maßgeblichen Interessenwertungskriterien	30
a) Treu und Glauben	30
b) Verkehrssitte	31
III. Abgrenzungen	31
1. Treu und Glauben und Verkehrssitte in § 157	31
2. Gesetzliche Konkretisierungen des § 242	32
3. Sittenwidrigkeit und Schikane	32
IV. Fallgruppen des § 242	32
1. Konkretisierungs- und Ergänzungsfunktion	33
2. Schrankenfunktion	34
a) Fehlendes schutzwürdiges Eigeninteresse	34
b) Unverhältnismäßigkeit	34
c) Unzumutbarkeit aus persönlichen Gründen	35
d) Unredlicher Rechtserwerb und Zugangsvereitelung	35
e) Widersprüchliches Verhalten	36
f) Verwirkung	37
3. Kontroll- und Korrekturfunktion	37
2. Teil. Die Entstehung von Schuldverhältnissen	39
§ 5 Begründung durch Rechtsgeschäft (insbesondere Vertrag)	39
I. Allgemeines	39
II. Schuldvertrag und Gefälligkeitsverhältnis	40
1. Abgrenzung	40
2. Rechtspflichten im Rahmen von Gefälligkeitsverhältnissen	41
a) Das Fehlen von Leistungspflichten	41
b) Schutzpflichten	41
c) Haftungsmilderungen im Deliktsrecht	42
III. Rechtliche Folgen der Erbringung unbestellter Leistungen	44
1. Normzweck und systematische Stellung des § 241a	44
2. Voraussetzungen	45
3. Rechtsfolgen	46
a) Ausschluss vertraglicher Ansprüche	46
b) Auswirkungen auf gesetzliche Ansprüche	46
IV. Die Draufgabe	47
1. Funktion	47
2. Abgrenzungen	48
§ 6 Der Grundsatz der Abschlussfreiheit und seine Einschränkungen	49
I. Positive Abschlussfreiheit und Abschlussverbote	49
II. Negative Abschlussfreiheit und Kontrahierungszwang	49
1. Gesetzlicher Kontrahierungszwang	49
2. Allgemeiner Kontrahierungszwang aus § 826	50
a) Grundlagen	50
b) Versorgung mit notwendigen Gütern und Dienstleistungen	51
c) Verstoß gegen Diskriminierungsverbote	52
3. Kontrahierungszwang nach dem AGG	52
§ 7 Der Grundsatz der Formfreiheit und seine Einschränkungen	53
I. Allgemeines	53
II. Verpflichtung zur Übertragung oder zum Erwerb eines Grundstücks	54
1. Schutzzweck	54
2. Anwendungsbereich des § 311b I	54
3. Umfang des Formzwangs und Rechtsfolgen des Formfehlers	55

4. Divergenzfälle	56
a) Irrtümliche Falschbezeichnung	56
b) Bewusste Divergenz von Wille und Erklärung	56
5. Heilung des Formmangels	57
III. Verträge über das gegenwärtige Vermögen	57
IV. Vertrag über den künftigen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil	58
§ 8 Vorvertragliche Schuldverhältnisse	59
I. Entwicklung der Lehre vom Verschulden bei Vertragsverhandlungen	59
II. Die Kodifikation der culpa in contrahendo durch das SchuldRModG	59
III. Entstehung des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	60
1. Aufnahme von Vertragsverhandlungen	60
2. Vertragsanbahnung	60
3. Ähnliche geschäftliche Kontakte	61
IV. Inhalt des vorvertraglichen Schuldverhältnisses	61
1. Schutz der Rechte und Rechtsgüter	61
2. Schutz des Vermögens	62
a) Nichtzustandekommen eines günstigen Vertrages	62
b) Zustandekommen eines ungünstigen Vertrages	63
§ 9 Einbeziehung Dritter in das Schuldverhältnis	65
I. Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich des Schuldverhältnisses	65
1. Problemstellung	65
2. Dogmatische Einordnung	66
3. Voraussetzungen für die Einbeziehung Dritter in den Schutzbereich	67
a) Bestimmungsgemäße Leistungsnähe des Dritten	67
b) Berechtigtes Interesse des Gläubigers an der Einbeziehung des Dritten	68
c) Erkennbarkeit und Zumutbarkeit	69
d) Schutzbedürftigkeit des Dritten	69
4. Rechtsfolgen	70
II. Haftung Dritter nach vertraglichen Grundsätzen	71
1. Voraussetzungen der Dritthaftung	72
2. Fallgruppen	72
a) Haftung von Vertretern und Verhandlungsgehilfen	72
b) Haftung von Sachverständigen und anderen Experten	73
c) Verhältnis zur Haftung des Verkäufers	73
§ 10 Gesetzliche Schuldverhältnisse	74
I. Allgemeines	74
II. Die einzelnen gesetzlichen Schuldverhältnisse im Überblick	75
1. Besonderes Schuldrecht	75
a) Geschäftsführung ohne Auftrag	75
b) Ungerechtfertigte Bereicherung	75
c) Unerlaubte Handlungen	76
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse außerhalb des Schuldrechts	77
3. Teil. Der Inhalt des Schuldverhältnisses	79
§ 11 Bestimmung des Inhalts von Schuldverhältnissen	79
I. Parteivereinbarung	79
1. Die Gestaltungs- und Abänderungsfreiheit der Parteien	79
2. Schranken der privatautonomen Inhaltsbestimmung	79
a) Generelle Grenzen	79
b) Verträge über das künftige Vermögen	80
c) Verträge über den Nachlass eines noch lebenden Dritten	80
d) Sonstige Schranken der Inhaltsfreiheit	81
II. Bestimmung der Leistung durch eine Partei oder einen Dritten	81
1. Leistungsbestimmung durch eine Partei	82
a) Der Maßstab des billigen Ermessens	82
b) Ausübung des Bestimmungsrechts	83
c) Bestimmung der Gegenleistung	83
d) Spezifikationskauf im Handelsrecht	83
2. Leistungsbestimmung durch einen Dritten	84

a) Maßstab und gerichtliche Kontrolle	84
b) Anfechtung der Bestimmung	84
c) Bestimmung durch mehrere Dritte	85
d) Schiedsgutachtenvertrag und Schiedsvereinbarung	85
III. Dispositives Recht	85
§ 12 Die Modalitäten der Leistung	86
I. Art und Weise der Leistung	86
1. Teilleistung	86
a) Die Regelung des § 266	86
b) Rechtsfolgen	87
2. Leistung durch Dritte	87
a) Persönliche Leistungspflicht	87
b) Voraussetzungen des § 267	88
c) Rechtsfolgen	89
3. Ablösungsrecht des Dritten	89
II. Leistungsort	90
1. Begriff und Bedeutung	90
2. Arten der Schuld	90
3. Die Bestimmung des Leistungsortes	91
4. Sonderregelung für Geldschulden	92
III. Leistungszeit	93
1. Begriffe	93
2. Die Bestimmung der Leistungszeit	93
3. Vereinbarungen über Zahlungs-, Überprüfungs- und Abnahmefristen	94
§ 13 Typische Gegenstände der Leistungspflicht	96
I. Überblick	96
II. Die Gattungsschuld	96
1. Allgemeines	96
2. Das Auswahlrecht des Schuldners	97
3. Die Beschaffungspflicht des Schuldners	98
a) Unbeschränkte (marktbezogene) Gattungsschuld	98
b) Beschränkte Gattungsschuld (Vorratsschuld)	98
4. Konkretisierung	99
a) Voraussetzungen	99
b) Rechtsfolgen	100
c) Bindungswirkung der Konkretisierung	101
III. Wahlschuld und ähnliche Institute	101
1. Wahlschuld	101
a) Praktische Bedeutung	102
b) Das Wahlrecht und seine Ausübung	102
c) Verzögerte Ausübung des Wahlrechts	102
d) Unmöglichkeit	103
2. Ersetzungsbefugnis	103
a) Allgemeines	103
b) Ersetzungsbefugnis im Autohandel	104
c) Bindungswirkung der Ersetzungserklärung	104
3. Elektive Konkurrenz	105
IV. Geldschuld	105
1. Allgemeines	105
2. Begleichung von Geldschulden	106
3. Besondere Arten der Geldschuld	107
a) Fremdwährungsschuld	107
b) Geldsortenschuld	107
4. Zinsen	107
a) Begriff	107
b) Entstehungsgründe	108
c) Höhe des Zinssatzes	108
d) Verbot des Zinseszinses	109

§ 14 Der Inhalt einzelner Leistungspflichten	109
I. Aufwendungsersatz	110
1. Der Begriff der Aufwendung	110
2. Allgemeine Regeln	111
II. Wegnahmerecht	112
III. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	113
1. Grundsätze der Auskunftspflicht	113
2. Sonderfälle der Auskunftspflicht	113
a) Pflicht zur Rechenschaft	113
b) Pflicht zur Vorlage eines Bestandsverzeichnisses	114
§ 15 Verknüpfung von Leistungspflichten	114
I. Das allgemeine Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 274)	114
1. Grundlagen	114
2. Voraussetzungen des Zurückbehaltungsrechts nach § 273 I	115
a) Gegenseitige Ansprüche	115
b) Konnexität der Ansprüche	115
c) Durchsetzbarkeit und Fälligkeit des Gegenanspruchs	115
d) Kein Ausschluss des Zurückbehaltungsrechts	116
3. Sonderfälle	117
a) Das Zurückbehaltungsrecht nach § 273 II	117
b) Das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§§ 369ff. HGB)	117
c) Das Zurückbehaltungsrecht des Besitzers gegenüber dem Eigentümer	118
II. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrages (§§ 320–322)	118
1. Grundgedanken	118
2. Voraussetzungen des Leistungsverweigerungsrechts	119
3. Rechtsfolgen	120
4. Unsicherheitseinrede bei Vorleistungspflicht (§ 321)	120
§ 16 Gestaltung rechtsgeschäftlicher Schuldverhältnisse durch AGB	121
I. Einführung	121
II. Anwendungsbereich der §§ 305 ff.	122
III. Begriffsbestimmung	123
IV. Einbeziehungskontrolle	124
1. Allgemeine Grundsätze	124
2. Rücksichtnahme auf körperliche Behinderungen	124
3. Besonderheiten bei Verwendung von AGB gegenüber Unternehmern	125
V. Überraschende und mehrdeutige Klauseln (§ 305c)	125
VI. Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung oder Unwirksamkeit	126
VII. Auslegung und Inhaltskontrolle	126
1. Überblick	126
2. Die Inhaltskontrolle nach § 307 I und II	127
a) Die Generalklausel des § 307 I 1	127
b) Das Transparenzgebot des § 307 I 2	128
c) Die Regelbeispiele des § 307 II	128
3. Die speziellen Klauselverbote (§§ 308, 309)	129
4. Rechtsfolgen	129
4. Teil. Das Erlöschen der Leistungspflicht	131
§ 17 Erfüllung	131
I. Begriff	131
II. Person des Leistenden	131
III. Empfänger der Leistung	131
IV. Wirkung der Erfüllung	133
1. Erlöschen des Schuldverhältnisses	133
2. Beweislastumkehr	133
3. Quittung und Schuldschein	133
4. Tilgungsreihenfolge	134
a) Tilgungsbestimmung durch den Schuldner	134
b) Gesetzliche Tilgungsreihenfolge	135
c) Anrechnung auf Zinsen und Kosten	135

V. Rechtsnatur der Erfüllung	136
1. Streitstand	136
2. Stellungnahme	137
VI. Leistung an Erfüllungs statt	138
1. Rechtsnatur	138
2. Abgrenzung zur Leistung erfüllungshalber	139
3. Gewährleistung	141
§ 18 Die Aufrechnung	142
I. Allgemeines	142
II. Voraussetzungen	142
1. Aufrechnungslage	142
a) Gegenseitigkeit der Forderungen	143
b) Gleichartigkeit der Forderungen	143
c) Durchsetzbarkeit der Gegenforderung	144
d) Wirksamkeit und Erfüllbarkeit der Hauptforderung	144
2. Aufrechnungserklärung	144
3. Kein Ausschluss der Aufrechnung	145
a) Vertraglicher Ausschluss der Aufrechnung	145
b) Ausschluss der Aufrechnung durch Gesetz	146
III. Wirkung der Aufrechnung	147
IV. Mehrheit von Forderungen	147
§ 19 Sonstige Fälle des Erlöschens der Leistungspflicht	148
I. Hinterlegung und Selbsthilfeverkauf	148
1. Voraussetzungen der Hinterlegung	148
a) Hinterlegungsgründe	148
b) Hinterlegungsfähigkeit des geschuldeten Gegenstandes	149
2. Rücknahmerecht des Schuldners und Wirkung der Hinterlegung	149
3. Selbsthilfeverkauf	149
II. Erlass und negatives Schuldanerkenntnis	150
III. Novation und Konfusion	151
5. Teil. Störungen im Schuldverhältnis	153
1. Abschnitt. Grundlagen	153
§ 20 Einführung	153
I. Überblick	153
1. Verletzung von Leistungspflichten	153
a) Nichtleistung	153
b) Schlechtleistung	154
2. Verletzung von Schutzpflichten	155
II. Das Leistungsstörungenrecht vor der Reform	155
III. Das System des geltenden Leistungsstörungenrechts	156
1. Das Konzept der Pflichtverletzung	156
2. Die Grenzen des Konzepts	156
a) Auswirkungen der Unmöglichkeit auf die primäre Leistungspflicht	156
b) Das System der Schadensersatzansprüche	157
c) Das System der Rücktrittsrechte	158
3. Fazit: Das geltende Leistungsstörungenrecht als »Mischsystem«	158
§ 21 Die Unmöglichkeit als Ausschlussgrund für die Leistungspflicht	160
I. Überblick	160
II. Echte Unmöglichkeit	160
1. Naturgesetzliche (physische) Unmöglichkeit	160
a) Allgemeines	160
b) Zweckerreichung und Zweckfortfall	161
c) Zweckstörung	162
2. Rechtliche Unmöglichkeit	162
3. Besonderheiten bei Gattungs- und Geldschulden	162
4. Objektive und subjektive Unmöglichkeit	163
5. Anfängliche und nachträgliche Unmöglichkeit	163
6. Vollständige und teilweise Unmöglichkeit	163

7. Vorübergehende Unmöglichkeit	164
8. Irrelevanz des Vertretenmüssens	165
III. Grobes Missverhältnis von Aufwand und Leistungsinteresse	166
1. Begriff	166
2. Konkretisierung des »groben Missverhältnisses«	167
3. Besonderheiten bei Gattungsschulden	169
4. Abgrenzung zur Äquivalenzstörung	169
IV. Persönliche Unzumutbarkeit	170
1. Voraussetzungen	170
2. Leistungsverweigerung aus Gewissensgründen	171
V. Rechtsfolgen	172
§ 22 Die Pflichtverletzung	174
I. Begriff der Pflichtverletzung	174
II. Verzögerung der Leistung	174
1. Wirksamkeit, Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	175
2. Nicht rechtzeitige Erbringung der Leistung	176
III. Schlechtleistung	176
1. Allgemeines	176
2. Insbesondere: Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	177
a) Die mangelhafte Leistung als Fall der Schlechtleistung	177
b) Sach- und Rechtsmängel im Kaufrecht	177
c) Die Rechte des Käufers	178
d) Besonderheiten bei der Verjährung	179
IV. Schutzpflichtverletzung	179
V. Unmöglichkeit	180
1. Der Streit über den Inhalt der Pflichtverletzung	180
2. Würdigung	180
3. Irrelevanz der Pflichtverletzung bei § 326	181
§ 23 Die Verantwortlichkeit des Schuldners	181
I. Haftung für eigenes Verschulden	181
1. Vorsatz	182
2. Fahrlässigkeit	183
a) Allgemeines	183
b) Der Maßstab der Fahrlässigkeit	183
3. Verantwortungsfähigkeit	184
II. Einschränkungen des Sorgfaltsmaßstabs	185
1. Vertrag	185
2. Gesetz	186
3. Haftungsmilderung aus dem sonstigen Inhalt des Schuldverhältnisses	187
III. Haftung ohne Verschulden	188
1. Übernahme einer Garantie	189
2. Übernahme eines Beschaffungsrisikos	190
a) Anwendungsbereich	190
b) Reichweite des Beschaffungsrisikos	190
3. Geldschulden	191
IV. Die Haftung für Erfüllungsgehilfen und gesetzliche Vertreter	192
1. Allgemeines	192
a) Struktur des § 278	192
b) Begriff des Erfüllungsgehilfen	192
c) Begriff des gesetzlichen Vertreters	193
2. Voraussetzungen der Haftung für Dritte nach § 278	193
a) Schuldverhältnis	193
b) Handeln in Erfüllung der Verbindlichkeit	194
3. Rechtsfolgen	194
V. Exkurs: Die Haftung für Dritte im außervertraglichen Bereich	196
2. Abschnitt. Der Anspruch auf Schadensersatz	197
§ 24 Allgemeine Voraussetzungen und Abgrenzungen	197
I. Voraussetzungen des Schadensersatzanspruchs nach § 280 I	199
1. Schuldverhältnis	199

2. Pflichtverletzung	200
3. Vertretenmüssen	200
a) Dogmatische Einordnung und Verteilung der Beweislast	200
b) Abgrenzung zur Pflichtverletzung	201
c) Bezugspunkt des Vertretenmüssens	202
4. Schaden	202
II. Abgrenzung der Arten des Schadensersatzes	203
§ 25 Einfacher Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	205
I. Anwendungsbereich	205
II. Fallgruppen	205
1. Verletzung von Schutzpflichten	205
a) Schutzpflichtverletzungen im Rahmen von Verträgen (§ 311 I)	205
b) Rechtsgeschäftsähnliche Schuldverhältnisse	206
2. Schlechtleistung	207
a) Allgemeines	207
b) Einzelfälle	207
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens bis zur Nacherfüllung	209
3. Nichtleistung trotz Möglichkeit und Unmöglichkeit	210
III. Rechtsfolgen	211
§ 26 Ersatz des Verzögerungsschadens	211
I. Schuldnerverzug	211
II. Allgemeine Voraussetzungen	212
1. Nichtleistung trotz Fälligkeit und Durchsetzbarkeit des Anspruchs	212
2. Mahnung	212
3. Vertretenmüssen	214
III. Entbehrlichkeit der Mahnung (§ 286 II)	214
1. Leistungszeit nach dem Kalender	214
2. Kalendermäßige Berechenbarkeit der Leistungszeit ab einem Ereignis	215
3. Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	216
4. Sofortiger Verzug aus besonderen Gründen	216
5. Vertraglicher Ausschluss der Mahnung	216
IV. Sonderregelung für Entgeltforderungen (§ 286 III, V)	216
V. Rechtsfolgen des Schuldnerverzugs	218
1. Ersatz des Verzögerungsschadens	218
2. Weitere Rechtsfolgen	218
a) Verschärfung der Verantwortlichkeit des Schuldners	219
b) Verpflichtung zur Zahlung von Verzugszinsen	219
§ 27 Schadensersatz statt der Leistung wegen Pflichtverletzung	221
I. Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung (§§ 280 I, III, 281)	221
1. Allgemeines	221
2. Schuldverhältnis	222
3. Pflichtverletzung	222
a) Nichtleistung (Verzögerung)	222
b) Leistung nicht wie geschuldet (Schlechtleistung)	222
c) Abgrenzungsprobleme	223
4. Notwendigkeit der Fristsetzung	223
a) Inhalt der Fristsetzung	224
b) Zeitpunkt der Fristsetzung	224
c) Angemessenheit der Frist	225
5. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	226
a) Ernsthafte und endgültige Leistungsverweigerung	226
b) Besondere Gründe	227
c) Sonderregeln im Kauf- und Werkvertragsrecht	228
6. Abmahnung statt Fristsetzung	228
7. Vertretenmüssen	229
8. Schaden	230
9. Rechtsfolgen	230
a) Das Verhältnis von Erfüllungs- und Schadensersatzanspruch	230
b) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Teilleistung	231

c) Schadensersatz statt der ganzen Leistung bei Schlechtleistung	231
d) Zuwenigleistung im Kaufrecht	233
e) Rückforderung erbrachter (Teil-)Leistungen	233
II. Schutzpflichtverletzung (§§ 280 I, III, 282)	234
1. Allgemeines	234
2. Grundelemente der Haftung	234
3. Das Kriterium der Unzumutbarkeit	235
4. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	236
III. Nachträgliche Unmöglichkeit (§§ 280 I, III, 283)	236
1. Allgemeines	236
2. Grundelemente der Haftung	236
3. Funktion des § 283 S. 1	237
4. Schadensersatz statt der ganzen Leistung (§ 283 S. 2)	237
a) Teilweise Unmöglichkeit	237
b) Irreparable Schlechtleistung	238
c) Rückforderung des Geleisteten	238
§ 28 Schadensersatz statt der Leistung wegen anfänglicher Unmöglichkeit (§ 311a II)	239
I. Allgemeines	239
II. Voraussetzungen	239
1. Wirksamer Vertrag	239
2. Nichtleistung aufgrund anfänglicher Unmöglichkeit	241
3. Vertretenmüssen	242
4. Schaden	243
III. Rechtsfolgen	243
1. Schadensersatz statt der Leistung	243
2. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	244
3. Haftung auf das Vertrauensinteresse bei fehlendem Vertretenmüssen	244
§ 29 Berechnung des Schadensersatzes statt der Leistung bei gegenseitigen Verträgen	245
I. Differenz- und Surrogationstheorie	245
II. Der praktische Vorrang der Differenztheorie	246
III. Wahlrecht zugunsten der Surrogationstheorie	246
§ 30 Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§ 284)	247
I. Problemstellung	247
1. Verträge mit wirtschaftlicher Zielsetzung	247
2. Verträge zur Verwirklichung immaterieller Zwecke	247
II. Voraussetzungen des Anspruchs auf Aufwendungsersatz	248
1. Allgemeine Voraussetzungen	248
2. Aufwendungen im Vertrauen auf den Erhalt der Leistung	249
3. Zweckverfehlung infolge der Pflichtverletzung	249
III. Verhältnis zum Anspruch auf Schadensersatz statt der Leistung	250
§ 31 Der Anspruch auf Herausgabe des Ersatzes (§ 285)	250
I. Voraussetzungen	251
1. Schuldverhältnis	251
2. Ausschluss der Leistungspflicht nach § 275	251
3. Erlangung eines Surrogats	251
4. Identität von geschuldetem und ersetztem Gegenstand	252
II. Rechtsfolgen	252
III. Konkurrenzen	253
3. Abschnitt. Rücktritt und Wegfall der Gegenleistungspflicht	253
§ 32 Allgemeines	253
I. Überblick	253
II. Parallele Grundstruktur mit Schadensersatz statt der Leistung	254
III. Verzicht auf das Vertretenmüssen	256
IV. Rücktritt und Schadensersatz	256
§ 33 Verzögerung der Leistung und Schlechtleistung	257
I. Anwendungsbereich	257
II. Notwendigkeit der Fristsetzung	258
III. Entbehrlichkeit der Fristsetzung	258
IV. Rücktritt vor Eintritt der Fälligkeit	260

V. Rücktritt bei Teilleistung und Schlechtleistung	261
VI. Ausschluss des Rücktritts (§ 323 VI)	262
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Rücktrittsgrund	262
2. Annahmeverzug	263
VII. Rechtsfolgen	263
§ 34 Schutzpflichtverletzung	264
I. Voraussetzungen	264
II. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	264
§ 35 Unmöglichkeit	265
I. Anwendungsbereich	265
II. Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 I)	265
1. Grundsatz	265
2. Teilweise Unmöglichkeit	266
3. Irreparable Schlechtleistung (qualitative Unmöglichkeit)	266
4. Abgrenzung	266
III. Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht (§ 326 II)	267
1. Verantwortlichkeit des Gläubigers für die Unmöglichkeit	267
a) Allgemeines	267
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers bei anfänglicher Unmöglichkeit	267
c) Von beiden Seiten zu vertretende Unmöglichkeit	268
2. Annahmeverzug	270
3. Rechtsfolgen	270
4. Exkurs: Weitere Ausnahmen vom Wegfall der Gegenleistungspflicht	270
IV. Besonderheiten bei Geltendmachung des Ersatzes (§ 326 III)	271
V. Rückforderung der schon erbrachten Gegenleistung (§ 326 IV)	272
VI. Rücktritt	272
1. Irreparable Schlechtleistung	272
2. Teilweise Unmöglichkeit	272
3. Nicht synallagmatische verknüpfte Leistungspflichten	272
4. Bedeutung des Rücktrittsrechts in den sonstigen Fällen	273
4. Abschnitt. Die sonstigen Fälle der Leistungsstörung	274
§ 36 Gläubigerverzug	274
I. Allgemeines	274
II. Voraussetzungen des Gläubigerverzugs	274
1. Erfüllbarkeit der (möglichen) Leistung	274
2. Ordnungsgemäßes Angebot	275
a) Notwendigkeit des Angebots	275
b) Entbehrlichkeit des Angebots	275
3. Nichtannahme der Leistung	276
III. Rechtsfolgen des Gläubigerverzugs	276
1. Fortbestand der Leistungspflicht	276
2. Haftungserleichterung für den Schuldner	277
3. Übergang der Leistungsgefahr bei Gattungs- und Geldschulden	277
4. Übergang der Preisgefahr und Ausschluss des Rücktrittsrechts	278
5. Sonstige Rechtsfolgen	279
§ 37 Störung der Geschäftsgrundlage	280
I. Einführung	280
II. Anwendungsbereich	281
1. Vorrang vertraglicher Vereinbarungen	281
2. Vorrang speziellerer gesetzlicher Regelungen	281
III. Voraussetzungen	282
1. Vorliegen einer Geschäftsgrundlage	282
2. Schwerwiegende Änderung der Umstände oder wesentlicher Irrtum	283
3. Relevanz des Umstands für den Vertragsschluss	284
4. Unzumutbarkeit des Festhaltens am unveränderten Vertrag	284
IV. Rechtsfolgen	285
1. Primär: »Anpassung des Vertrages«	285
2. Rücktritts- bzw. Kündigungsrecht	286
V. Fallgruppen	286

1. Nachträgliche Änderung der Verhältnisse	287
a) Äquivalenzstörung	287
b) Zweckstörung	288
2. Gemeinsame Fehlvorstellungen	288
§ 38 Vertragsstrafe	289
I. Funktion der Vertragsstrafe und systematische Stellung der Regelung	289
II. Struktur des unselbstständigen (»echten«) Strafversprechens	290
III. Abgrenzungen	290
1. Selbstständiges (»unechtes«) Strafversprechen	290
2. Pauschalierung von Schadensersatzansprüchen	291
IV. Voraussetzungen des Anspruchs auf Entrichtung der Vertragsstrafe	291
1. Wirksames Strafversprechen	291
2. Verletzung der (bestehenden) gesicherten Hauptpflicht	292
3. Eigene Vertragstreue des Gläubigers	293
V. Verhältnis zum Erfüllungsanspruch	293
VI. Verhältnis zum Schadensersatzanspruch	294
VII. Höhe der Vertragsstrafe und richterliche Kontrolle	294
6. Teil. Auflösung und Rückabwicklung von Schuldverhältnissen	297
§ 39 Aufhebungsvertrag und Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	297
I. Vertragliche Aufhebung von Schuldverhältnissen	297
II. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen	298
1. Problemstellung	298
2. Wichtiger Grund	299
3. Fristsetzung zur Abhilfe oder Abmahnung	300
4. Ausübung des Kündigungsrechts und Rechtsfolgen der Kündigung	301
5. Konkurrenzen	302
§ 40 Rücktritt vom Vertrag	303
I. Allgemeines	303
1. Voraussetzungen des Rücktritts	303
2. Ausübung des Rücktrittsrechts	303
3. Wirkungen des Rücktritts	304
4. Sonderregeln	304
5. Auswirkungen der Schuldrechtsreform	305
II. Rückgewähr der empfangenen Leistungen und Wertersatzpflicht	305
1. Rückgewähr in natura	305
2. Wertersatz	305
a) Ausschluss der Rückgewähr nach der Natur des Erlangten	305
b) Verbrauch, Veräußerung, Belastung, Verarbeitung, Umgestaltung	306
c) Verschlechterung oder Untergang	306
d) Berechnung des Wertersatzes	306
3. Ausschluss des Anspruchs auf Wertersatz	308
a) Entdeckung des Mangels bei der Verarbeitung oder Umgestaltung	308
b) Verantwortlichkeit des Gläubigers für den Schaden	308
c) Privilegierung des Berechtigten bei gesetzlichen Rücktrittsrechten	309
III. Nutzungen und Verwendungen	310
1. Herausgabe und Ersatz von Nutzungen	310
2. Ersatz von Verwendungen	311
a) Notwendige Verwendungen	311
b) Andere Aufwendungen	312
IV. Der Anspruch auf Schadensersatz	312
1. Problemstellung	312
2. Untergang oder Verschlechterung nach Rücktrittserklärung	313
3. Untergang oder Verschlechterung vor Rücktrittserklärung	313
a) Vertragliches Rücktrittsrecht	313
b) Gesetzliches Rücktrittsrecht	313

7. Teil. Besonderheiten bei Verbraucherverträgen	315
§ 41 Grundlagen des Verbraucherschutzrechts	315
I. Grundgedanken und Systematik	315
II. Der Begriff des Verbrauchervertrags	316
III. Anwendungsbereich der §§ 312 ff.	317
IV. Allgemeine Grundsätze und Pflichten bei Verbraucherverträgen	318
1. Informationspflichten des Unternehmers	318
a) Telefonische Kontaktaufnahme	318
b) Informationspflichten im stationären Handel	319
2. Grenzen der Vereinbarung von Entgelten	320
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	321
1. Überblick	321
2. Gemeinsame Grundsätze des Widerrufs	322
a) Dogmatische Einordnung und Ausübung des Widerrufsrechts	322
b) Widerrufsfrist und Belehrung	323
c) Allgemeine Rechtsfolgen des Widerrufs	324
d) Widerruf nichtiger Verträge	325
e) Rechtsmissbrauch und Verwirkung des Widerrufsrechts	326
VI. Der Schutz des Verbrauchers bei verbundenen Verträgen	326
1. Verbundene Verträge	327
2. Widerrufsdurchgriff	328
a) Allgemeines	328
b) Zusammenhängende Verträge	329
3. Einwendungsdurchgriff	330
§ 42 Besondere Vertriebsformen	331
I. Überblick	331
II. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge (§ 312b)	332
1. Begriff der Geschäftsräume	332
2. Besondere Situation des Vertragsschlusses	332
a) Vertragsschluss außerhalb von Geschäftsräumen	332
b) Vertragsangebot des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	333
c) Persönliches Ansprechen des Verbrauchers außerhalb von Geschäftsräumen	333
d) Vertragsschluss auf einem vom Unternehmer organisierten Ausflug	334
3. Handeln Dritter im Namen oder Auftrag des Unternehmers	334
4. Entgeltliche Leistung und Anwendbarkeit auf die Bürgschaft	334
III. Fernabsatzverträge (§ 312c)	336
IV. Informationspflichten des Unternehmers (§ 312d)	336
V. Widerrufsrecht des Verbrauchers	337
1. Ausnahmen vom Widerrufsrecht	338
2. Ausübung des Widerrufsrechts	339
3. Rechtsfolgen des Widerrufs (außer bei Verträgen über Finanzdienstleistungen)	340
a) Frist zur Rückgewähr	340
b) Modalitäten der Rückabwicklung	340
c) Kosten der Rücksendung	341
d) Ersatzpflicht des Verbrauchers für Wertverlust der Waren	342
e) Sonderfälle der Wertersatzpflicht des Verbrauchers	344
4. Rechtsfolgen des Widerrufs bei Verträgen über Finanzdienstleistungen	345
5. Ausschluss weitergehender Ansprüche und abweichender Vereinbarungen	346
VI. Kündigung von Dauerschuldverhältnissen bei Wechsel des Anbieters	346
VII. Pflichten des Unternehmers im elektronischen Geschäftsverkehr	347
1. Allgemeine Pflichten	347
2. Besondere Pflichten gegenüber Verbrauchern	347
VIII. Unzulässigkeit abweichender Vereinbarungen	349
8. Teil. Schadensrecht	351
§ 43 Grundgedanken und Funktion des Schadensrechts	351
I. Die Funktion des Schadensersatzes	351
II. Der Grundsatz der Totalreparation	351
III. Die Bedeutung des kollektiven Schadensausgleichs	352

§ 44 Begriff und Arten des Schadens	353
I. Begriff	353
II. Vermögens- und Nichtvermögensschäden	354
III. Positives und negatives Interesse	356
§ 45 Verursachung und Zurechnung des Schadens	357
I. Grundlagen	357
1. Kausalität als Mindestvoraussetzung der Schadenszurechnung	357
2. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	357
II. Naturwissenschaftlicher Verursachungsbegriff	358
1. Äquivalenztheorie	358
a) Grundsatz	358
b) Schwächen der condicio sine qua non-Formel	359
2. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	359
III. Notwendigkeit einer normativen Einschränkung	360
IV. Kriterien der objektiven Zurechnung	360
1. Adäquanz	360
a) Das Urteil des optimalen Beurteilers	361
b) Kritik	361
2. Schutzzweck der Norm	362
V. Hypothetische Kausalität	364
1. Problemstellung	364
2. Schadensanlage	365
3. Ersatzpflicht eines Dritten	365
4. Die sonstigen Fälle	365
VI. Der Einwand des rechtmäßigen Alternativverhaltens	366
VII. Zurechnungsprobleme bei mittelbarer Kausalität	367
1. Schockschäden	367
2. Selbstschädigendes Verhalten (Herausforderungsfälle)	369
3. Drittvermittelte Kausalität (Herausforderung Dritter)	370
VIII. Vorteilsausgleichung	371
§ 46 Ersatzberechtigte Personen	373
I. Grundsatz	373
II. Ausnahmen	373
1. Ersatz der Beerdigungskosten (§ 844 I)	373
2. Ersatz des Unterhaltsschadens (§ 844 II)	374
3. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	374
III. Abgrenzungen	374
IV. Drittschadensliquidation	375
1. Allgemeines	375
2. Fallgruppen	376
a) Obligatorische Gefahrentlastung	376
b) Mittelbare Stellvertretung	377
c) Treuhandverhältnisse	378
d) Obhut für fremde Sachen	378
e) Vertragliche Vereinbarung	379
§ 47 Art und Umfang des Schadensersatzes	379
I. Der Grundsatz der Naturalrestitution	379
1. Allgemeines	379
2. Schadensersatz in Geld statt Naturalrestitution durch den Schädiger	380
3. Die Dispositionsfreiheit des Geschädigten	381
a) Sachschäden	381
b) Körperschäden	382
II. Der Anspruch auf Entschädigung in Geld (Wertersatz)	382
1. Unmöglichkeit der Herstellung (§ 251 I Alt. 1)	383
2. Ungenügende Herstellung (§ 251 I Alt. 2)	383
3. Herstellung nur mit unverhältnismäßigem Aufwand (§ 251 II)	384
III. Entgangener Gewinn (§ 252)	388
§ 48 Der Ersatz immaterieller Schäden	388
I. Historische Entwicklung	388

II. Voraussetzungen des Schmerzensgeldanspruchs nach § 253 II	389
1. Verwirklichung eines haftungsbegründenden Tatbestands	389
2. Rechtsgutsverletzung	389
III. Bemessung des Schmerzensgelds	391
1. Die Funktion des Schmerzensgeldanspruchs	391
2. Schmerzensgeld bei vollständiger Zerstörung der Persönlichkeit	391
3. Orientierung am Maß der objektiven Lebensbeeinträchtigung	392
IV. Entschädigung in Geld bei Persönlichkeitsverletzungen	392
1. Grundlagen	392
2. Die Präventivfunktion der Entschädigung	393
§ 49 Grenzfälle	394
I. Verlust von Gebrauchsvorteilen	394
1. Problemstellung	394
2. Die Unterscheidung zwischen zentralen und sonstigen Gütern	395
3. Fühlbarkeit der Nutzungsbeeinträchtigung	396
4. Höhe des Anspruchs	397
II. Fehlgeschlagene Aufwendungen	397
III. Ersatzfähigkeit von Vorsorgeaufwendungen	398
IV. Verlust oder Einschränkung der Arbeitskraft	398
V. Urlaub und Freizeit	399
1. Problemstellung	399
2. Der Kommerzialisierungsgedanke	400
3. Die Regelung des § 651 n II (§ 651 f II aF)	400
4. Nutzlos vertane Freizeit	401
VI. Kindesunterhalt als Schaden	402
1. Geburt eines ungewollten Kindes (wrongful birth)	402
2. Geburt eines behinderten Kindes (wrongful life)	403
§ 50 Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten	405
I. Allgemeines	405
1. Die Grundentscheidungen des § 254	405
a) Gleichbehandlungsgrundsatz	405
b) Quotenteilungsprinzip	405
2. Der Grundgedanke des Mitverschuldens	406
3. Bezugspunkt des Verschuldens in § 254	406
4. Anwendungsbereich des § 254	407
II. Voraussetzungen der Mitverantwortlichkeit	408
1. Überblick	408
2. Mitverantwortlichkeit für die Entstehung des Schadens	408
a) Mitverursachung eines eigenen Schadens	408
b) Obliegenheitsverletzung	408
c) Verschulden	409
d) Gefährdungshaftung des Geschädigten	410
3. Obliegenheit zur Schadensabwendung oder Schadensminderung	411
4. Warnung vor ungewöhnlich hohem Schaden	412
5. Verantwortlichkeit des Geschädigten für Dritte	412
III. Rechtsfolgen	414
IV. Handeln auf eigene Gefahr	414
1. Teilnahme an gefährlichen Fahrten	415
2. Teilnahme an gefährlichen Sportarten	415
3. Handeln auf eigene Gefahr und Gefährdungshaftung	416
9. Teil. Stellung der Beteiligten im Mehrpersonenverhältnis	419
§ 51 Der Vertrag zugunsten Dritter	419
I. Zweck	419
II. Abgrenzung zwischen echtem und unechtem Vertrag zugunsten Dritter	419
III. Dogmatische Einordnung	420
1. Kein eigener Vertragstyp	420
2. Durchbrechung des Vertragsprinzips	420
IV. Die Rechtsbeziehungen der Beteiligten	421

1. Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner (Deckungsverhältnis)	422
2. Das Verhältnis zwischen Gläubiger und Drittem (Valutaverhältnis)	422
3. Verhältnis zwischen Schuldner und Drittem (Vollzugsverhältnis)	423
a) Dogmatische Einordnung	423
b) Die Geltendmachung von Leistungsstörungen	423
c) Einwendungen des Schuldners aus dem Deckungsverhältnis	424
V. Zeitpunkt des Rechtserwerbs	424
VI. Widerrufsrecht des Gläubigers	425
VII. Form des Vertrags zugunsten Dritter	426
VIII. Abgrenzung von verwandten Rechtsfiguren	426
1. Anweisung	427
2. Abtretung	427
3. Stellvertretung	427
4. Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte	428
IX. Verfügungen zugunsten Dritter	428
1. Dingliche Verfügungen zugunsten Dritter	428
2. Schuldrechtliche Verfügungsgeschäfte zugunsten Dritter	429
§ 52 Der Austausch des Gläubigers	430
I. Überblick	430
1. Problemstellung	430
2. Arten des Gläubigerwechsels	431
3. Anwendungsbereich der §§ 398ff.	431
II. Dogmatische Grundlagen der Abtretung	431
1. Struktur der Abtretung	431
2. Die Abtretung als Verfügungsgeschäft	432
3. Abgrenzungen	433
a) Vertragsübernahme	433
b) Einziehungsermächtigung	433
III. Voraussetzungen der Abtretung	434
1. Vertrag	434
2. Existenz der Forderung und Inhaberschaft des Zedenten	435
3. Bestimmbarkeit der Forderung	436
4. Übertragbarkeit der Forderung	437
a) Allgemeines	437
b) Ausschluss der Abtretbarkeit kraft Gesetzes	437
c) Vertragliches Abtretungsverbot	439
IV. Rechtsfolgen der Abtretung	440
1. Übergang der Forderung auf den Neugläubiger	440
2. Übergang von Sicherungs- und Vorzugsrechten	440
3. Pflichten des Altgläubigers	441
V. Der Schutz des Schuldners	441
1. Im Zeitpunkt der Abtretung begründete Einwendungen	441
a) Der Anwendungsbereich des § 404	441
b) Ausschluss von Einwendungen nach § 405	443
2. Einwendungen aus der Abtretung	444
3. Aufrechnung gegenüber dem neuen Gläubiger	444
a) Problemstellung	444
b) Entstehung der Aufrechnungslage vor der Abtretung	445
c) Entstehung der Aufrechnungslage nach der Abtretung	445
4. Der Schuldnerschutz nach §§ 407–410	446
a) Rechtsgeschäfte in Unkenntnis der Abtretung	446
b) Mehrfache Abtretung	448
c) Abtretungsanzeige	448
d) Leistungsverweigerungsrecht des Schuldners	449
VI. Spezifische Abtretungsmodelle	450
1. Sicherungszession	450
2. Inkassozession	451
VII. Die Legalzession	451

§ 53 Der Austausch des Schuldners	452
I. Überblick	452
II. Die privative Schuldübernahme	453
1. Voraussetzungen	453
a) Vertrag zwischen Gläubiger und Übernehmer (§ 414)	453
b) Vertrag zwischen Altschuldner und Übernehmer (§ 415)	453
c) Ausschluss der Schuldübernahme	455
2. Rechtsfolgen	455
a) Wechsel des Schuldners	455
b) Erlöschen von Sicherungsrechten	455
c) Einwendungen des Übernehmers	456
3. Abgrenzung zur Vertragsübernahme	457
III. Der Schuldbeitritt	458
1. Zulässigkeit und Voraussetzungen	458
2. Wirkungen des Schuldbeitritts	458
3. Abgrenzung zur Bürgschaft	459
§ 54 Mehrheiten von Gläubigern und Schuldnern	460
I. Gläubigermehrheiten	460
1. Überblick	460
2. Teilgläubigerschaft	460
a) Voraussetzungen	460
b) Rechtsfolgen	461
3. Gesamtgläubigerschaft	461
a) Voraussetzungen	461
b) Rechtsfolgen	462
4. Mitgläubigerschaft	462
II. Schuldnermehrheiten	463
1. Teilschuld	463
a) Voraussetzungen	463
b) Rechtsfolgen	464
2. Gesamtschuld	464
a) Voraussetzungen	464
b) Wirkungen der Gesamtschuld im Außenverhältnis	467
c) Das Innenverhältnis zwischen den Schuldnern	468
d) Gestörtes Gesamtschuldverhältnis	470
3. Gemeinschaftliche Schuldnerschaft	473
Anhang I: Das Leistungsstörungenrecht in der Fallbearbeitung	475
A. Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	475
I. Allgemeines	475
II. Der Anspruch auf einfachen Schadensersatz	476
III. Der Anspruch auf Ersatz des Verzögerungsschadens	478
IV. Schadensersatz statt der Leistung	479
V. Schadensersatz statt der ganzen Leistung	480
B. Schadensersatz wegen anfänglicher Unmöglichkeit	480
C. Leistungs- und Gegenleistungspflicht	482
D. Rücktritt	484
Anhang II: Rückabwicklung nach Widerruf gem. § 312 g I	487
Paragrafenregister	491
Sachverzeichnis	499
Entscheidungsregister	511